

Grüne: Sacharbeit in den Vordergrund stellen / Bericht von der Kreismitgliederversammlung

„Der Eintritt der AfD hat die Arbeit im Bundestag völlig verändert. Sie leistet keine Sacharbeit in den Ausschüssen, sie ist nur an rechtsradikaler Polemik und an Provokationen interessiert.“ So fasste Friedrich Ostendorff, grüner Bundestagsabgeordneter für den Kreis Coesfeld, seine Eindrücke nach den ersten acht Monaten seit der Wahl vor der Kreismitgliederversammlung der Grünen zusammen. Harte Auseinandersetzungen im Parlament gebe es auch zwischen den anderen Fraktionen. Aber in den Ausschüssen werde konstruktiv um die Sache gerungen. Auf diesem Wege, so der Agrarexperte Ostendorff, seien in den vergangenen zehn Jahren erhebliche Fortschritte in den Bereichen gesundheitsorientierter Produktion und Tierwohl erreicht worden. Deshalb wolle die grüne Fraktion diesen Weg fortsetzen.

„Wer gedacht hatte, dass die rechtsradikalen Aussagen der AfD dem Wahlkampf geschuldet waren, der sieht sich nach einem Jahr AfD im Landtag eines Schlechteren belehrt: die AfD radikalisiert sich im Parlament zusehends“, sprach Norwich Rüße, Landtagsabgeordneter der Grünen und umweltpolitischer Sprecher seiner Partei, Klartext. Damit war es dann in aber genug mit der AfD in der Versammlung.

„Wie schätzt Du Ursula Heinen-Esser, die neue Ministerin für Umweltschutz und Landwirtschaft ein?“ war dann auch eine der ersten Fragen an Rüße. Der leitete die Frage an Ostendorff weiter, der die neue Ministerin aus deren Zeit als Staatssekretärin in Berlin kennt, und es kam ungewohntes Lob: „Sie ist in Umweltfragen sicherlich kompetent, verlässlich und engagiert.“

„Aber mit ihr haben wir eher eine Ministerin für Umwelt und nicht für Landwirtschaft, während Frau Schulze Föcking nur eine Ministerin für Landwirtschaft war und nicht für Umwelt.“ Weiteres Nachkarten in Sachen Rücktritt gab es von Rüße allerdings nicht.

Vielmehr richtete er ein Jahr nach der Landtagswahl seinen Blick auf die vielen ungelösten Fragen und kritischen Vorhaben der schwarz-gelben Regierung. „Die Begrenzung des Flächenverbrauchs als Landesziel abzuschaffen, ist ein Affront gegen die Landwirtschaft und gegen den Artenschutz. Ein Beitrag zum Erhalt des bäuerlichen Familienbetriebes ist dies sicher nicht“, so Rüße. Die von Ministerpräsident Laschet so gerne bemühte „Politik mit Maß und Mitte“ sei auch bei den Vorschlägen für die Änderung des Landesnaturschutzgesetzes und des Jagdgesetzes nicht erkennbar. Vor allem der Entwurf für ein neues Polizeigesetz bringe erhebliche Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger. „Da fragt man sich schon, was aus der FDP werden soll“, kommentierte Rüße.

Abschließend bot Rüße eine verstärkte Zusammenarbeit mit den grünen Kommunalpolitikerinnen und -politikern an. „Ökologische Landwirtschaft, Umweltschutz, zukunftsorientierte Mobilität, Digitalisierung – diese Themen werden vor Ort in den Städten und Gemeinden umgesetzt. Unsere Sachbeiträge dazu sind unsere Stärke, das wird die Landtagsfraktion unterstützen!“